

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

19. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Docwäts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Das Unterhaus für Locarno.

Ueberwältigende Mehrheit - Nur 13 Gegenstimmen - Macdonald begrüßt die geistige Wandlung.

London, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Schlußabstimmung des Unterhauses über den Vertrag von Locarno stimmten lediglich 13 Abgeordnete, darunter 12 der Arbeiterpartei, gegen die Ratifizierung. Das bestätigt die Auffassung, daß sich in den letzten Wochen in England trotz ziemlich lärmender Kritik eine Einheitsfront für den Pakt durchgesetzt hat.

Die Verabschiedung des Paktes beweist aber noch weiter, wotauf in den Kreisen der Arbeiterpartei mit besonderem Nachdruck hingewiesen wird, daß in sämtlichen Parteien ausgesprochene Stimmung dafür vorhanden ist, die durch Locarno geschaffene günstige Atmosphäre zur Einleitung einer allgemeinen Entwaffnungsaktion des Völkerbundes auszunutzen.

Macdonald für den Vertrag - Labours Friedensprogramm

London, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach Chamberlains Erfolg für die Arbeiterpartei Macdonald das Wort: Für ihn sei die psychologische Umwandlung, die sich mit dem Vertrag von Locarno in der geistigen Verfassung Europas vollzogen habe, viel bedeutungsvoller als der Pakt selbst. Deutschland im Völkerbund sei wertvoller als 20 Pakte von Locarno.

Macdonald würdigte dann das Friedensprogramm der Arbeiterpartei, das 4 Punkte umfaßt:

- Allgemeine Abrüstung,
- allgemeine Anerkennung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens zwischen den Völkern,
- Abbau der Völkerverflechtung,
- energischer Schutz der Minderheiten in allen Ländern durch den Völkerverbund.

Auf seiner Europareise habe er den Eindruck gewonnen, daß die Rassen- und Minderheitenfrage viel eher Anlaß werden kann zu einem neuen Krieg als westeuropäische Probleme. Die nächste Kriegsausfrage liege der Donau unendlich viel näher, als dem Rhein.

Von der französischen Regierung verlangte er eine freundschaftliche Revision aller jener Bestimmungen von Versailles, die sich in der Praxis als undurchführbar oder bedenklich erwiesen hätten.

Lloyd George erklärte in seiner Rede, der Vertrag von Locarno sei jetzt möglich geworden, weil Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund bereit gewesen sei. Im Jahre 1922 habe der deutsche Kanzler angelehnt die ungerechte Entscheidung über Oberschlesien den Eintritt Deutschlands abgelehnt. Besonders scharf rechnete Lloyd George mit dem Frankreich des Nationalen Blocks ab. Wenn er als Ministerpräsident zur Wählung geraten habe, hätte Frankreich stets darauf hingewiesen, daß es sich an dem deutschen Goldfeld, dem Ruhrgebiet, auf eigene Kosten werde reichlich schadlos halten können, falls England sich den französischen Zwangsmahnahmen nicht anschließe. Jetzt seien in Frankreich alle Parteien davon überzeugt, daß die Hoffnungen auf das Ruhrgebiet ein trügerischer Wahn gewesen seien.

Chamberlains Rede.

Sein Dank an die Arbeiterregierung.

London, 19. November. (W.B.) In seiner Unterhausrede über den Vertrag von Locarno erklärte Chamberlain: Ich war hinsichtlich der Umstände, unter denen ich berufen wurde, die Frage der Befriedung zu behandeln, und hinsichtlich der Männer, mit denen ich in ihrer Eigenschaft als Vertreter ihrer Länder zusammenzuarbeiten hatte, sehr vom Glück begünstigt. Es bedeutete viel für die jetzige britische Regierung und besonders für den Außenminister, daß die Reparationsfrage aus dem Gebiete der Streitfragen entfernt war, bevor wir berufen wurden, die internationale Lage zu behandeln. Ich wünsche von neuem, dem Werke meiner Vorgänger meinen schuldigen Dank zu zollen und anzuerkennen, daß, wenn sie in der ihnen zugewiesenen Zeit die Arbeit nicht soweit fortführen konnten, wie wir sie heute gebracht haben, wir doch denselben Zweck und dasselbe Ziel verfolgen. Wenn wir dies auch nicht immer mit denselben Mitteln tun, so sind wir doch befestigt von derselben Absicht, die keine Parteiabsicht ist, sondern eine Absicht, die allen Teilen der öffentlichen Meinung in diesem Lande gemeinsam ist. Wenn ich sagen kann, daß ich vom Glück begünstigt war, so denke ich dabei an die Vorarbeiten, die die frühere britische Regierung geleistet hat und an die Kollegen, mit denen ich die Ehre hatte, in Locarno zu arbeiten.

Locarno eine Konferenz von Geschäftsteilhabern.

In Locarno ist man zusammengekommen, nicht um Bedingungen zu beraten, die im voraus von den westlichen Nationen vorbereitet waren, um sie den Vertretern Deutschlands zur Annahme zu unterbreiten, sondern um über ein Dokument zu beraten, an dem Juristen Deutschlands mit den anderen Juristen zusammen gearbeitet hatten. Dies war das einzige Dokument, das der Konferenz vorlag. Und es war eine Zusammenkunft von Vertretern freier Nationen, die durch gemeinsamen Willensentschluß zustande gekommen war, und zwar auf dem Fuße vollkommener Gleichberechtigung, zur Beratung und, wenn möglich zur Befriedigung ihrer Meinungsverschiedenheiten. Ich möchte noch einmal sagen, daß, wenn irgendein Bewohner einer anderen Welt,

der über alles das, was in den letzten Jahren in dieser Welt sich ereignete, nicht unterrichtet gewesen wäre, wenn ein solcher zufällig in die Versammlung gekommen wäre, nie mals erraten hätte, daß die Versammelten die Vertreter von Nationen waren, die noch vor so kurzer Zeit in bitterer Fehde verwickelt waren. Er würde sie vielmehr für Geschäftsleute gehalten haben, für Teilnehmer einer Firma, unter denen Meinungsverschiedenheiten - sicherlich ernste Meinungsverschiedenheiten - über die gegenwärtige oder künftige Politik entstanden waren,

die aber entschlossen waren, diese Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, so daß ihre Teilhaberschaft aufrechterhalten werden könnte.

In einem solchen Geiste allseitigen guten Willens, Vertrauens und freundschaftlichen Bemühens hat die Konferenz getagt, und sie hat sich mit dem Gefühle getrennt, daß das Erreichte in der Tat einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und vielleicht der Welt bedeutet. Und doch ist sie nur ein erster Ausfluß und ein Omen für den neuen internationalen Geist und für die Beziehungen gewesen, die reifen und sich im Laufe der Jahre entwickeln werden.

Locarno fördert die Abrüstung.

In dem Antrag der Opposition, so fuhr Chamberlain fort, ist keine Kritik enthalten, an dem, was die Konferenz getan hat, sondern nur an dem, was sie nicht getan hat, und daran, daß ihr Wert unvollkommen ist, weil unter den vorgelegten Dokumenten sich keins befindet, das die allgemeine Abrüstung behandelt. Dieser Einwand ist richtig. Aber Locarno ist nicht der Ort dafür gewesen, und die dort versammelten Delegierten sind nicht zuständig gewesen, um von sich aus ein Schema der allgemeinen Abrüstung aufzustellen. Was sie getan haben, hat darin bestanden, eine neue Gewißheit des Friedens und der Sicherheit für einige Nationen zu bringen, welche sich am meisten bedroht und unsicher fühlten. Bei diesem Vorgehen hat sich die Konferenz von der Ueberzeugung leiten lassen, daß sie damit die Möglichkeit einer wirksamen Behandlung der Abrüstungsfrage beschleunige und für das Werk der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundes eine neue Stütze schaffe. Ich erinnere das Haus daran, daß der Völkerbundrat im Verfolg einer entsprechenden Entschließung in wenigen Wochen selbst diese Frage erörtern, und daß ein besonderes Komitee noch vor der nächsten Ratsagung zusammentreten wird, um den Weg für die wirksame Behandlung der Abrüstungsfrage vorzubereiten.

Eine Behandlung dieser Frage in Locarno ist auch deswegen nicht möglich gewesen, weil Nationen, die in Locarno nicht vertreten waren, zugegen sein müssen, wenn die Frage wirksam behandelt werden soll. In Locarno ist nicht nur nichts geschehen, was die Abrüstung erschweren kann, sondern es ist im Gegenteil viel dafür getan worden, um sie zu erleichtern. Die Gesamtwirkung des Wertes von Locarno muß sich darin zeigen, daß die Abrüstungsfrage ein Problem von größerer und unmittelbarer praktischer Durchführbarkeit wird, und daß Rat und Versammlung des Völkerbundes darin unterstützt werden, daß die Abrüstungsfrage zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht wird.

Es steht Sowjetrußland frei, sich dem Völkerbunde anzuschließen.

Wenn ferner der von der Opposition eingebrachte Antrag besagt, daß der Vertrag von Locarno von positiven Schritten für den Anschluß Rußlands an den Völkerbund gefolgt sein sollte, so will ich mich mit dem Hinweis begnügen, daß dieser Einwand in Wirklichkeit keinen Bezug hat auf den Antrag, der dem Unterhaus vorliegt. Aber da er nun einmal auf der Tagesordnung figuriert, so will ich dazu einige wenige Worte sagen: Es ist der Wunsch der englischen Regierung, wie es der Wunsch einer jeden Regierung sein muß, die dem Völkerbund angehört, daß der Völkerbund möglichst umfassend und univiersell wird. Aber die Zulassung Rußlands hängt

in erster Linie von der Haltung der russischen Regierung ab. Es ist nicht Sache des Völkerbundes, als Billender in ein oder das andere Quartier zu gehen.

Der Wille, sich dem Bunde anzuschließen, muß bei der in Frage kommenden Regierung ein spontaner sein. Ist aber bei der russischen Regierung irgendein Wille vorhanden, sich dem Völkerbunde anzuschließen? So weit ich unterrichtet bin - und meine letzte Information habe ich aus den Berichten über die Äußerungen Tschischerins in den allerletzten Tagen - liegt die Sache so, daß die russische Regierung nicht vorbereitet ist, sich dem Völkerbunde unter irgendwelchen Bedingungen anzuschließen. Sie betrachte den Bund als Vereinigung von Nationen, von denen jede auf einem System gegründet sei, das mit den Ansichten der Sowjetregierung über das, was die Welt eigentlich sein sollte, unvereinbar sei, und mache eine fundamentale Einwendung gegen den Anschluß an einen Völkerbund geltend, dessen Mitglieder auf einer solchen Gesellschaftsverfassung beruhen. Wenn das die Ansicht der Sowjetregierung ist, so kann wirklich niemand die englische Regierung beschuldigen, daß sie das Hindernis für den Anschluß Rußlands an den Völkerbund bildet.

Es waren zwei Fragen, die uns im Verlauf der Konferenz eine beträchtliche Schwierigkeit boten. Die eine war die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund an sich, die andere betraf die Beziehungen, die durch die Friedensverträge zwischen Frankreich und Polen geschaffen waren, und die Rückwirkung dieser Beziehungen auf die neuen Verträge, um deren Abschluß wir uns bemühten.

Die Delegierten, die den vorgeschlagenen Brief paraphrasierten und damit bekundeten, daß sie ihn auch so unterzeichnen wollten, hatten das Gefühl, daß in der Erklärung (über Art. 16. Die Red.) nichts gesagt wird, was über das hinausgeht, was die Völkerbundsversammlung in verschiedenen Entschließungen erklärte, und was sich nicht mit dem allgemeinen Sinn der Dokumente, die wir auszulegen hatten, deckt. Kein Staat kann in den Völkerbund eintreten, ohne die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten jedes anderen Mitgliedsstaates zu übernehmen. Trotzdem kann niemand annehmen, daß der Völkerbundrat von irgendeinem Staat Dienste verlangen würde, die er physisch nicht zu leisten in der Lage wäre. Demnach ist also nichts gesagt worden, was in irgendeiner Weise der Autorität oder der Stellung des Völkerbundes Abbruch tut. Trotzdem ist aber eine Auslegung der Pflichten der Völkerbundsmitglieder gegeben worden, die, wie ich glaube, für jedermann annehmbar ist. (Siehe 3. Seite.)

Heute deutscher Kabinettsrat.

Am 5 Uhr nachmittags findet ein Kabinettsrat statt, in dem der formelle Beschluß über Locarno und über die Einbringung des Gesehwürse gefaßt werden wird. Auch bei diesem Kabinettsrat wird Gladensburg den Vorsitz führen, schon um den Gerüchten entgegenzutreten, als ob zwischen ihm und den Kabinettsmitgliedern irgendwelche Meinungsverschiedenheiten beständen.

Ueber die beiden Gesehwürse, über die der Kabinettsrat heute nachmittag beschließen wird, erfahren wir: Der eine fordert in aller Kürze die Zustimmung des Reichstags zu der Unterzeichnung der Locarno-Verträge und zur Uebernahme der daraus sich ergebenden Verpflichtungen. Der zweite Entwurf sucht ebenfalls in kurzer Form um die Zustimmung des Reichstages zur Anmeldung in den Völkerbund nach.

Beide Entwürfe sind nicht verfassungsändernd. Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder dauert bei Redaktionsschluß noch an.

Wilhelm Mussolini!

Der Diktator zerschmettert die ganze Welt.

Der gefesteste Diktator Italiens hat durch einen rednerischen Lobsuchtsanfall, den er gestern bei der Eröffnung der Kammer erlitt, die Welt zwar nicht in Schrecken versetzt, wohl aber sie auf eine Gefahrenquelle aufmerksam gemacht, die mit allem Ernst betrachtet werden muß. Derselbe Herr Mussolini, den die Eitelkeit nach Locarno trieb, um dort für Italien als Garant des europäischen Friedens aufzutreten, hat jetzt, ein paar Wochen später, eine Kriegserede gehalten, wie sie seit den Glanzzeiten Wilhelms II. in Europa nicht mehr gehört worden ist.

„Zwei Millionen Männer stehen sprunghbereit und warten auf mein Wort.“ Reichfertiger hat auch der letzte deutsche Kaiser nicht in Worten mit dem Frieden gespielt, prahlerischer hat auch er sich nicht ausgeprochen. Gerade wir Deutsche, die wir für unsere Schwäche einem rednerischen Großmaul gegenüber ein so entsetzliches Lehrgeld haben bezahlen müssen, wir, die wir einer unzureichenden Verfassung und dem ungebändigten rednerischen Loben eines Mannes unsere weltpolitische Isolierung und unsere Niederlage im Kriege zu danken haben, gerade wir können solche Worte nicht lesen, ohne dabei die blutigen Gespenster einer nahen Vergangenheit aus dem Grab steigen zu sehen.

Die Rede Mussolinis läßt sich nicht politisch, sondern nur pathologisch erklären. So wie Mussolini spricht ein Staatsmann, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, entweder überhaupt nicht, oder doch höchstens nur am Tage vor der Kriegserklärung. So spricht ein Staatsmann, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, nicht, wenn er nicht hundert überwältigende Gründe hat, um den letzten Entschluß, den Appell an die Gewalt zu rechtfertigen. Welche Gründe aber hat Mussolini? Wertet Italien etwas zuleide? Kein Mensch in Europa denkt daran! Das italienische Volk wird zwar von vielen bedauert, daß es solche Zustände wie die gegenwärtigen über sich ergehen lassen muß, aber von keinem gehaßt. Niemand denkt daran, Italien einen Fußbreit seines Bodens zu nehmen, niemand denkt daran, die Stellung Italiens als selbständige Nation und europäische Großmacht anzutasten. Es sind also nicht die Interessen Italiens, für die Mussolini spricht, es ist nur die Wut über die Kritik am italienischen Faschismus und an der geheiligten Person des Diktators selbst.

Der Faschismus hat durch rohe Gewalttätigkeit seine politischen Gegner in Italien selbst mundtot gemacht. Um

So mehr ist es die Pflicht aller freiheitlich Gesinnten außerhalb Italiens, die Sache der Unterdrückten gegen die Unterdrücker zu führen. Das geschieht wieder nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern durch das geschriebene und gesprochene Wort. Dieses Wort der moralischen Beurteilung dringt jetzt am vernehmlichsten und für Italien am empfindlichsten aus Frankreich über die Alpen hinüber. Daher wird die Rede Mussolinis in erster Linie als eine Drohung gegen Frankreich aufzufassen sein.

Vielleicht gibt es in Deutschland da und dort politische Spekulanten, die glauben, daß in jedem sich möglicherweise anbahnenden Konflikt unsere Stellung bei dem Gegner Frankreichs sein müsse. Ihnen sei gesagt, daß eine solche Auffassung nicht nur gegen den Geist des Vertrags von Locarno, sondern auch gegen die wirklichen Interessen Deutschlands verstoßen würde. Es wäre überaus kurzfristig, sich auf die Seite eines tobsüchtigen Gewalttätigers zu stellen, den alles, was in Italien gesund und zukunftsreich ist, als seinen Feind betrachtet und verachtet. Das befreite Italien wird dereinst mit seinen Gefühlen bei denen stehen, die in schwerster Zeit zu ihm gestanden haben. Jene Franzosen, die den Gegnern des Faschismus ihre moralische Unterstützung zuteil werden lassen, sind die Wegbereiter der künftigen italienisch-französischen Freundschaft. Wer aber aus Gründen, die er für „diplomatisch“ hält, vor dem Diktator kriecht, der wird sich in Italien dieselbe Verachtung verdienen, die jenen selber trifft.

Soviel sei jenen gesagt, die immer nur kurzfristig die vermeintlichen nächsten Interessen des eigenen Landes sehen. Die Anhänger der deutschen Sozialdemokratie bedürfen einer solchen Belehrung nicht. Sie finden sich mit den italienischen Sozialisten und Demokraten im Kampf gegen den Faschismus zusammen, weil dieser Kampf ihre eigene Sache ist. Mussolinis Versuch, den Faschismus zu internationalisieren, muß der sozialistischen Internationale das Bewußtsein ihrer eigenen stärksten Zusammengehörigkeit stiften. Die Staatsmänner Europas aber, denen die Sorge um den Frieden zur Aufgabe gemacht ist, mögen gemeinsam sorgfältig den Zustand überlegen, der sich daraus ergibt, daß ein Verrückter als Herrscher eines großen Landes ungehemmt seine rednerische Brandfaulnis schwenken darf. Es gilt, nach Locarno erst recht, den Frieden zu befestigen und den Anfängen des Krieges zu wehren!

Ueber die Rede Mussolinis bei der gestrigen Kammereröffnung gibt „Agenzia Stefani“ einen Bericht aus, aus dem hervorgeht, daß sich der Diktator zunächst mit den inneren Zuständen Italiens befaßt, wobei er den Faschismus verherrlichte und seine Gegner als „archaisches Material“ verhöhnte. Er erklärte sodann,

an die ganze Welt

wenden zu wollen, die sich jetzt „um einen italienischen Gedanken“ (!) in zwei Lager teile. Überall habe der Faschismus Anhänger, seine Grundzüge kämen allen Kulturstaaten zugute. Dann fährt Mussolini fort: In einigen dieser Staaten gibt es politische Gruppen, die den unsinnigen Gedanken hegen, um das faschistische Italien eine Art moralischen Stachelndraht zu ziehen. Es gibt jenseits der Grenze Leute, denen es noch nicht gelungen ist, die ganze Vermorrenheit und Niedrigkeit, die ihnen die habsburgische Herrschaft eingepflanzt hatte, loszuwerden und die sich deshalb erlauben, in ihren Parlamenten unsere Staatsordnung und unser prächtiges Volk zu schmähern. (Beifall.) Über alle sollen es wissen und alle im In- und Auslande wissen es, daß noch nie eine Staatsordnung durch den Druck des Auslandes gestürzt worden ist (Sehr gut), und daß alle Italiener, wenn sie vom Auslande bedrängt werden, wie ein Mann aufstehen. (Sehr lebhafter, anhaltender Beifall unter Beteiligung der Opposition und der Tribünen. Auf: Es lebe der Duce.)

Morgen kanten zwei Millionen junge Leute meinem Rufe Folge leisten.

(Beifall, Stimmen: Das ganze Land!) Ich will nicht drohen (!).

sondern lediglich auch in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Leiter der italienischen Regierung eine nachdrückliche Warnung, die überall gehört werden soll, aussprechen.

Neuestes aus Italien.

Die demokratischen Blätter „Mondo“ und „Riforma“ stellen ihr Erscheinen ein. An Stelle des „Mondo“ gibt das faschistische Mittagsblatt „Tevere“ eine Abendausgabe heraus.

Nach Unterdrückung der deutschen Presse in Südtirol hat der Ministerrat beschlossen, dort ein von Italienern geleitetes faschistisches Blatt in deutscher Sprache herauszugeben.

Heraus mit der Wahrheit!

Der thüringische Justizskandal muß geklärt werden.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Die „Erklärungen“ des Herrn Leutheuser im Landtage von Thüringen zum Justizskandal waren nichts anderes als ein Herumreden um den eigentlichen Kern der Sache. Der Herr Justizminister hat es ängstlich vermieden, durch eine offizielle Regierungserklärung, wie sie die Geschäftsordnung für wichtige Angelegenheiten vorsieht, eine besondere Aussprache über den Justizskandal herbeizuführen. Obwohl er selbst unbegrenzte Redefreiheit zu seinen Darlegungen hatte und auch in Anspruch nahm, um schließlich nur Gleichgültigkeiten zu erzählen und durch Wäghen vom eigentlichen Gegenstand abzulenken, fand er es durchaus in der Ordnung, daß die Hauptankläger im Justizskandal mit ihrem Vorbringen in das Prokrustesbett einer Siebenminuten-Redezeit innerhalb der allgemeinen Aussprache über den Etat eingesperrt wurden.

Herr Leutheuser hatte es in der Hand, in öffentlicher Landtagssitzung in Rede und Gegenrede den Justizskandal klären zu lassen. Er reagierte aber nicht auf sozialistische Zwischenrufe, das in jener Situation einzige Mittel, die sozialistische Auffassung zu vertreten.

Unter wiederholtem Beifall der Rechtsparteien glaubte er, alle Beschwerden des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders und die noch schwereren Vorwürfe der Sozialdemokraten damit abtun zu können, daß er das erschütternd wichtige „Geheimnis“ enthülle, der Sozi von Brandenstein sei Rechtsbeistand von Frieders. Dabei hat Frieders als Hauptvertreter einen Rechtsanwalt stramm deutsch-nationaler Gesinnung und der deutsch-nationale Kollege Leutheusers, Finanzminister v. Klüchhner geniert sich gar nicht, mit einem sozialdemokratischen Anwalt als seinem Vertreter in Fürstenprozessen zu parodieren.

Aber dieser selbe Finanzminister rührte sich auf die deutschen Fragen des Abg. Dr. Kieß gar nicht! Und bei der wichtigen Rede des Genossen Dr. Kieß, für die ihm Leutheuser und die Ordnungsbundmehrheit ganze sieben Minuten ließen, war Herr v. Klüchhner schon bei den einleitenden Worten hinausgegangen und Leutheuser überhaupt nicht anwesend. Als kein Sozialdemokrat mehr reden durfte, war Herr Leutheuser politisch tapfer genug, sich aus der Rede des Genossen Dr. Kieß einiges herausfischend, noch einmal den nationalliberal überzeugten Brüdern grundlos getränkter Engelsunschuld vorzuführen.

Der Ordnungsbundmehrheit erschien das Veruschen und Verdecken des Skandals ihrem Wesen so naturgemäß, daß sie im Auktionsauschuß die Beratung einer von der Sozialdemokratischen Partei in Aussicht gestellten Interpellation über den Justizskandal mit dem bequemen Hinweis auf die im November 1925 dringend notwendige Beratung des Haushaltsplans für 1925 hinwies.

Regierung und Ordnungsbundmehrheit haben damit unbefristet zugegeben, daß sie kein Interesse an schneller Klarstellung der schweren Vorwürfe gegen die Sauberkeit und Unbeeinträchtigkeit der Justiz vor dem Forum der Öffentlichkeit haben. Aus Nebenerscheinungen der letzten Tage erkennt man aber, wie sehr die Sozialdemokratie in ein Wespennest gestochen hat; die Ordnungsbundmehrheit in Gera und Erfurt greift den Sprecher der Partei zum Justizskandal, den Genossen Dr. Kieß, in noch nicht dagewesener widertlicher Weise an und verwendet dabei allein Argu-

mente, die selbst Herr Leutheuser in öffentlicher Landtagssitzung mit mehrfachen Entschuldigungen zurückgenommen hat.

Das alles kann die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich in keiner Weise irremachen. Kneifen Regierung und Ordnungsbundmehrheit vor der öffentlichen Behandlung des Justizskandals, so bleibt das einer nicht ohnmächtigen Opposition verfassungsmäßige Mittel, Regierung und Ordnungsbundmehrheit zu zwingen, Farbe zu bekennen. Dieses Mittel ist ein Ausschuß zur Untersuchung des Justizskandals. War der erste Untersuchungsausschuß in Thüringen notwendig, um die wahren Absichten und Zwecke der Maßnahmen des Finanzministers v. Klüchhner bei der Entlassung Loebs nachzuprüfen, der zweite Untersuchungsausschuß, um die Sattler-Polizei zu beleuchten, so wird der dritte Untersuchungsausschuß sich nicht etwa der Symmetrie wegen nur auf die Geheimsache und Lauterkeit der Maßnahmen des Justizministers beziehen. Er wird vielmehr die einzige Gelegenheit bieten, den gesamten Komplex von Fragen, der sich um die Behandlung der großen politischen Prozesse gegen die Genossen Hermann und Loeb gelagert hat, zu untersuchen.

Bekanntlich bedarf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und die Einberufung einer besonderen Sitzung zu seiner Wahl der Unterstützung von einem Drittel der gesetzmäßigen Zahl der Abgeordneten. Soll also der Ausschuß zur Untersuchung des Justizskandals Tatkraft werden, so müssen noch andere Abgeordnete als die 17 Sozialdemokraten ihre Unterschrift zur Verfügung stellen, damit die von der Versammlung vorgeschriebene Zahl von 24 Abgeordneten erreicht wird.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich deshalb an andere oppositionelle Fraktionen des Landtages gewandt. Von ihnen hängt es nunmehr ab, ob bald und reiflos Klarheit über den Justizskandal herbeigeführt werden kann.

Die Krise in Polen.

Der Sejmpräsident Rataj erbittet Bedenkzeit.

Warschau, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Außenminister Strzemiński auf die Regierungsneubildung verzichtet hatte, hat der Präsident der Republik die Reubildung des Kabinetts dem Sejmarschall Rataj übertragen. Rataj hat sich zwei Stunden Bedenkzeit erbeten. Der ihm erteilte Auftrag geht dahin, ein Kabinettskabinett zustande zu bringen, an dem er sich selbst möglichst nicht beteiligen wird.

Polens gefährliche Finanzlage.

Die polnische Regierungskrise ist durch die bedrohliche finanzielle Lage Polens verursacht worden. Die neue polnische Goldwährung, der Zloty, hat nunmehr zum zweitenmal einen schweren Knackserlitten, der sowohl durch die passive Handelsbilanz wie auch durch das andauernde mangelnde Gleichgewicht im polnischen Budget hervorgerufen worden ist. Das in französischer Sprache in Warschau erscheinende Tagesblatt „Messager Polonais“ bringt am 17. November genaue Zahlenangaben über den Stand des polnischen Budgets für die ersten neun Monate des Jahres 1925. Daraus geht hervor, daß in den ersten Dreimonats des Jahres 1925 nur 68 Proz. statt 75 Proz. an Einnahmen aufgebracht worden, dagegen sind schon 88 Proz. statt 75 Proz. an Ausgaben entstanden.

Die Forderung einer Einschränkung der Heeresausgaben, die bekanntlich die Lösung der polnischen Krise so sehr erschwert, weil ihr auf Seiten der Berufsoffiziere so heftiger Widerstand entgegengelegt wird, wird verständlich, wenn man erfährt, daß von den 1438 Millionen, die in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ausgegeben wurden, nicht weniger als 504 Millionen auf das Konto der Heeresverwaltung gehen. Der polnische Staat verwendet also rund 36 Proz. seiner Ausgaben auf den Unterhalt seiner Armee. Es wäre geradezu eine skandalöse Sinnlosigkeit, wenn er nicht aus den Beträgen von Locarno Konsequenzen nach dieser Richtung hin ziehen würde.

Chamberlain will nicht gratulieren. Der König von England hat dem Außenminister Chamberlain für Locarno den Adel angeboten. Chamberlain hat ihn abgelehnt, er wolle auch weiterhin lediglich den Namen seines Vaters tragen.

Kostand: „Der junge Aar“.

Leffing-Theater.

„Cyrano von Bergerac“ und „Chantecler“, d. h. das melodische Tierpiel, das durch den Hühnerhof die kleine Heldenwelt der Menschen symbolisiert, stammen von Edmond Kostand. Der seltsame Mann, der als würdiger Madamiker zum Ewiglebensparnas heimging, hat auch jenes weltbekannte Religionspiel gebichtet, das während der Pariser Weltausstellung von 1900 der wunderbaren Komödiantin Sarah Bernhardt Gelegenheit gab, als tröstende Samariterin die härtesten Finanziere aller fünf Erdteile wenigstens für einige Stunden in gültige Urchristen zu verwandeln. Napoleon als Familienvater und Liebhaber in „Madame sans Gêne“ und des entthronten Korfen unglücklicher Sohn als Iyrischer aber erfolgloser Prätexten auf die blindgewordene Kaiserkrone, das wurden die Lieblingsfiguren des Pariser Boulevardtheaters. Sie sind es heute nicht mehr. Auch drüben hat man die Lust an der Parade etwas eingebüßt. Doch immerhin sind sich die Statistiker der Reicher-Dramatik darüber klar, daß zwischen „Charleys Tante“, „Mit-Heidelberg“ und „Aliglon“ eine gewisse Stillverwandtschaft besteht, die übrigens jedem Bombardement bedenklicher Kritiker durch fabelhafte Kassenerfolge trotzt. Ob nach „Mit-Heidelberg“, das einstmals die Pleite des Deutschen Theaters verhinderte, das Leffing-Theater richtig spekuliert, muß abgewartet werden. Klaunder, der die Nachdichtung besorgte, wollte großes Schauspiel machen und löste fast immer in Prosa auf, was im Französischen lieblich klingt. Vers und Reim, die einstmals das aufgedonnerte Pathos verbargen, sind nun meist abgeschafft, und es entlarvt sich von selber mancher Unfuss und vielerlei Verze. Berthold Viertel, der Regisseur, hat allerdings mit einer wirklich ingeniosen Tüchtigkeit dafür gesorgt, daß ganze schwindige Partien, verflücht und verlogene Aufmachung der Weltschichte und ähnliche Platteitäten glänzend maskiert wurden. Anfanglich glaubte man, das Ganze sollte als expressionistische Grotteske aufgepulvert werden. Die Personen, die solchen Stillunfall befürchten ließen, wurden aber in den Hintergrund getrieben. Schließlich spielte man sich auf ein sehr handfestes und derbes Theater ein. Die Tränen drüsen, das Soldatenbedürfnis und der Byzantinismus aller Parteit- und Olympbewohner wurden mit Wollust getischt. So blieb der äußere Erfolg, ein ein vielfach gegozener und gefentzier Vorhand andeutete, nicht aus.

Geschichtliche Wahrheit ist, daß Napoleons Sohn, von seines österreichischen Großvaters Gnaden ein Herzog von Reichstadt, dem Habsburger-Hof gegen Bonaparte, der Reaktion Metternichs und der Schwindjucht erlag. Er verdient den Namen des jungen Adlers, den ihm die unheilbaren Anbeter des forsichen Niesens schenkten, kaum. Er und seine Mutter vergaßen schnell. Am Ende hat Hannj Elhner, die entzückende Tänzerin, dem Schwindjüchtigen Adlersproffen das letzte lebensfähige Wort und die auf Kaiserpiel erpichte Heilbealust geraubt. Auf dem Theater muß diese Heilbealust

wegen der Kulissenpannung das wichtigste sein. Die Intrige spinn sich zwischen den Spiegeln, den alten Oreadieren und dem klapprigen Kaiser Franz. Ach ja, ein allmächtiger Kaiser, dem das Herz bricht, und ein Jüngling in entzückender Uniform, der immer wieder auf dem Wege zur Unterbiltschkeit stolpert, und ein Haudegen, der sich für das tragische Bürgschlein in Stücke hauen läßt, und ein oaglatier, kaltschziger Hüfling und ein entzückendes Mädel in Leutnantshofen und Trommelwirbel und die Marschläufe — verdammt, man schimpfe nicht auf die Kosportage! Jeder ordentliche Reicher im Theater muß besessen.

Es gelingt dem Regisseur fast immer, Partett und Olymp besessen zu machen. Lothar Rützel spielt den süßen traglichen Jungen. Napoleons Sohn, von der Sarah einstmals in prallen Hofen gespielt, wirkt durch Rützel beinahe männlicher, nicht wie ein Mannweibchen, sondern wie ein etwas aufgewecktes Mannlein. Grazie geht von dem Schauspielers aus, eine Häßlichkeit, die zu der Rolle gehört. Dann wieder reicht seine Stimme vom Distanz bis zum Tromyetrstoß. Oskar Homolka ist der Grenadier, der sich für Bonaparte zerhacken ließ und nun auch für den jungen Adler sterben will. Der junge Schauspieler vom Schlage der Wegwer und Steinrück verfügt auch vor den Humoren nicht. Nur mußte er genauer rechnen, wieviel Gläser Schnaps seinen Knochen gut überhäublich sind. Es geht nicht an, daß ein Schauspieler in wütender Rausch auf die Bühne tockelt. Rag Hochdorf.

Ludwig Hardt-Abend.

Am Mittwoch sprach Ludwig Hardt im Bechsteinsaal für die Volksbühne. Der Rezitator, dessen Ausdrucksfähigkeit immer wieder überrascht, las Prosa von Peter Altenberg, Robert Walser, Franz Kafka und Rainer Marie Rilke. Die Musik der Sprache, das Einfühlen in Sprechrhythmus und die seine Witterung für die tiefsten Geheimnisse der Worte und ihre Gestaltung, sie sind Ludwig Hardt zu eigen. Dieser Reichtum läßt ihn zu einem Schöpfer werden, der nicht nur nachführend, sondern aufs neue schaffend, die Welt seiner Vortragskunst erstehen läßt. Der Klang seiner Gebilde wandelt ihn mit und macht ihn, der den Rezitator über den Schauspieler stellen möchte, oft durch Betonung von Mimik und Bewegung doch zum Darsteller. Das Programm Ludwigs Hardts war zu philosophisch zusammengestellt. Man hätte ihn lieber Heinrich Heine und Dehmel für die Volksbühne vortragen hören, denn so wäre er ihrem Wesenskreis nähergekommen. Auch ließ der Bechsteinsaal in den hintersten Reihen die seinen leisen Quancierungen nicht verstehen. Unangenehm bleibt, wie Hardt Peter Altenbergs „Abendspaziergang“ und „die Landpartie“ sprach, wie er Robert Walsers „Büchners Flucht“ dahinstürmen ließ, um sich dann in den tiefstinnigen Dichter Franz Kafka zu versetzen. Die Erzählung „Vor dem Gesetz“ war erschütternd wiedergegeben. „Ein Bericht für eine Akademie“, der Bericht eines Affen über sein: Menschwerdung, war Anflage, Hohn, Verächtung, Tierschmerz und Menschenpein. Den Dichter Rainer Marie Rilke ließ er auch in seinen feinsinnigen und sprachmusikalischen Gedichten lebendig werden.

Stürmischer Beifall dankte dem Künstler, und so gab er seinen Hörern noch als Beleg u. a. Dehmels Erstelied mit, das in jedem Wort plastisch und unheimlich lebendig wurde. Dies Erleben ließ einem um so mehr bedauern, daß Hardt nicht in der Auswahl seines Programms sich der Volksbühne angepaßt hatte. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Rundfunk Ludwig Hardt einmal für die Dichtungen Heinrich Heines, Wolf Mühlmanns und die moderne soziale Lyrik verpflichtet würde. Es ist bezeichnend für unsere Zeit, daß in einer Stadt wie Berlin der Bechsteinsaal nicht überfüllt war, wie überhaupt die Kunst der Rezitation eine immer kleiner werdende Gemeinde zu finden scheint. Hier muß eben der Prophet zum Berge gehen, dann wird die Gewalt seines gesprochenen Wortes sich hunderttausendfach auswirken. B. Sch.

Ausgrabungen in Goslar. Die Stadt Goslar läßt augenblicklich durch den Leiter ihrer Sammlungen, Prof. Dr. Wiederhold, Ausgrabungen vornehmen, die ein außerordentliches Interesse erregen. Die Stadt entstand wahrscheinlich aus einer kaufmännischen Siedlung, dem Markt, und einer uralten, längst verschwundenen Siedlung der Bergherren des Rammelsberges, dem sogenannten Bergdorf. Die Kirche dieses Bergdorfes ist in ihrem ganzen Grundriß freigelegt; sie geht in ihrem ältesten Teile vielleicht in das neunte Jahrhundert zurück und in ihren Um- und Umbauten spiegelt sich wunderbar das Auf und Ab dieser vielleicht ersten industriellen Siedlung Deutschlands. Denn der Rammelsberg war jahrhundertlang die Machtgrundlage des deutschen Königstums und der hinter ihm stehenden abligen Bergherrengesellschaft, bis diese dann mit den neuen aus dem Handel kommenden Elementen sich zu der bürgerlichen Gesellschaft zusammenschloß. Die baugegeschichtlichen Ergebnisse sind noch nicht abzulesen. Die Suche nach dem Dorf selbst, der Ansiedlung auch der Bergarbeiter, wird fortgesetzt.

Eier mit drei Dottern. Das Ackerbauministerium im Staate Maine der Vereinigten Staaten ließ in neuerer Zeit Nachforschungen über das Vorkommen von Eiern mit drei Dottern anstellen. Hierbei ergab sich, daß solche Eier außerordentlich selten sind. Unter den Eiern von 3000 Hühnern fanden sich in sechs Jahren nur drei dreidottrige Eier, während Eier mit zwei Dottern schon häufiger waren. Die dreidottrigen Eier, bei denen jeder Dottter mit einer eigenen Haut umgeben, also vollständig ausgebildet ist, sind fast immer solche, die von den Hühnern als erste Eier gelegt werden.

Im IV. Konzert der Volksbühne (Sonntag 1/12 Uhr im Theater am Bülowplatz) spielt Arthur Schnitzler „Variationen und Arie über ein Thema von Händel, die Sonate F-Moll und Schuberts Sonate G-Dur. Vorträge, Ueber „Tod und Jenseits im Glauben der Völker“ spricht Dozent Dr. Benzl, Sonnabend, 8 Uhr abends, Dorotheenstr. 12.

Dr. Erich Drosch spricht auf Veranlassung der literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins am 21. Nov. 8 Uhr, Schinkelplatz 6. Vorträge von E. Drosch und Gottfried Keller. Eintritt 1 Mark.

Der Millionen-Kasibinder in Frankreich. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Lambert teilt der französische Innenminister mit: 1. Die Zahl der am 1. Januar 1925 in Frankreich wohnhaften Kasibinder betrug 245.214, 2. in den letzten zehn Jahren betrug die Zahlen: 1. Januar 1914: 173.268 1921: 166.711, 1922: 183.489, 1923: 209.768, 1924: 257.492.

Das Ende des Zollkrieges mit Spanien.

Nach dem Inkrafttreten des provisorischen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Spanien, das wir bereits heute morgen mitteilen konnten, sieht die spanische Regierung ihre gegen Deutschland getroffenen Zollkriegsmaßnahmen außer Kraft. Rühmliche Einzelheiten über den Inhalt des Abkommens und über die deutschen Zugeständnisse sind noch nicht bekannt. Auf deutscher Seite waren bekanntlich die in Aussicht genommenen Kampfmaßnahmen nicht in Geltung getreten.

Chamberlains Locarno-Rede.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Die Entspannung im Osten.

Nach meiner Ansicht, so fuhr Chamberlain fort, wäre das Werk von Locarno nur halb getan gewesen, wenn es nicht auch eine Entspannung im Hinblick auf die Ostgrenze Deutschlands gezeitigt und dazu beigetragen hätte, den Frieden in jenem Teile der Welt sicher zu gestalten. Die jüngsten Ereignisse haben alle Engländer lehren müssen, daß, wenn irgendwo ein Krieg ausbrach, niemand sagen könnte, wo der Brand aufgehalten werden könne. Man kann in England gegenüber den Aussichten auf Frieden in irgendeinem Teile und am wenigsten in dem Teile Europas gleichgültig bleiben, dem England so nahe liegt. Darüber hinaus hat England neue Verpflichtungen auf sich genommen.

Als England sich dem Völkerbund anschloß, wurde es in größerem oder geringerem Maße Teilnehmer an jedem Konflikt, der ausbrach, und es war deshalb doppelt im englischen Interesse gelegen, daß die Kriegsgefahr sowohl wie möglich in jedem Teile der Welt und vor allem in jedem Teile Europas, in dem eine Kriegsgefahr bestehen konnte, beseitigt wurde.

Die zwischen Deutschland und Polen bzw. zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei paraphierten Verträge konnten natürlich nicht genau das gleiche darstellen wie jene Verträge, die zwischen den Westmächten paraphiert worden sind. Großbritannien war nicht gewillt, irgendeine neue Verpflichtung in jenem Teil des Kontinents einzugehen. England ist jedoch darüber erfreut, daß durch ihre freie Vereinbarung und den guten Willen, den die Vertreter der Oststaaten zur Erörterung ihres besonderen Problems mitbrachten, die Sicherheit der Ostgrenzen Deutschlands und seiner Nachbarstaaten in Locarno in keiner Weise geschwächt, sondern gefördert wurden, und daß die Kriegsgefahr auch dort in viel größerer Ferne gerückt wurde, ebenso wie dies für den Westen des Kontinents der Fall ist.

Krieg nicht unmöglich — aber unendlich erschwert.

Ich sage nicht, daß diese Verträge, wenn sie ratifiziert werden, den Krieg unmöglich machen. Das kann durch kein von Menschen geschaffenes Werk erreicht werden.

Aber ich sage, daß sie den Ausbruch eines Krieges unendlich viel schwerer machen

und daß sie es viel weniger hoffen lassen, daß ein Krieg wegen irgendeinem dunklen und zweifelhaften Zwischenfall oder Anspruch ausbrechen sollte. Wenn erst all diese Abmachungen in Wirksamkeit getreten sind, so glaube ich, daß es für jeden einzelnen der Unterzeichner des Vertragswerks schwer sein wird, einen Krieg gegen irgendeinen der anderen unterzeichnenden Staaten zu unternehmen, ohne sich dabei

selbst in klarer Weise vor der ganzen zivilisierten Welt ins Unrecht zu setzen und damit das Odium für dieses Unrecht auf sich zu nehmen.

Die Hälfte der Konflikte entstehen unmittelbar aus geringfügigen Zwischenfällen, die nicht wert sind, daß das Leben auch nur eines einzigen Soldaten geopfert werde, wenngleich Ehre oder Stolz oder Rationalgefühl zweier Völker davon berührt werden und keiner von beiden Staaten die Möglichkeit zum Nachgeben fühlt. Ich kann nicht glauben, daß solche Zwischenfälle einen Krieg zwischen den Parteien entstehen lassen können.

„Kein Gedanke an Isolierung Rußlands.“

London, 18. November. (W.T.B.) Macdonald nahm in der Debatte Bezug auf eine Rede Ormsby Gores. Sie habe Behauptungen veranlaßt, daß Deutschland in ein Bündnis gegen Rußland hineingezogen worden sei, und er glaube, die Regierung sollte die heutige Gelegenheit ergreifen, um die erwähnte Behauptung als irrig zu erweisen. Chamberlain unterbrach und fragte, welches die Bemerkung sei, deren Dementierung Macdonald von ihm verlange. Macdonald erwiderte: Ist es die Ansicht der Regierung, daß Locarno ins Werk gesetzt wurde, um die westliche Zivilisation gegen Rußland zu vereinigen? Chamberlain antwortete: Nein! Das ist nicht der Fall. (Beifall auf Seiten der Regierungspartei.) Chamberlain widerholte: Es ist nicht der Fall, und ich habe dauernd jeden Gedanken der Verfolgung einer solchen Politik zurückgewiesen. (Beifall auf Seiten der Regierungspartei.)

Macdonald fragte hierauf, ob man in Locarno beabsichtigte, Deutschland von irgendeiner Zusammenarbeit mit Rußland loszureißen und es in die Gruppe der Völkerbundstaaten hineinzuziehen, um einen Block europäischer Nationen gegen Rußland zusammenzubringen. Chamberlain erwiderte nachdrücklich: Nein! Es ist nicht der Fall! (Beifall auf Seiten der Regierungspartei.) Macdonald sagte, er sei sehr froh, dies zu hören, und fuhr fort, er habe bei seinem Aufenthalt in Deutschland in Unterredungen erklärt, daß er nicht glaube, das irgend etwas Derartiges beabsichtigt sei und er habe diese erste Gelegenheit im Parlament ergriffen, um eine solche Erklärung von Seiten der Regierung zu erhalten. Macdonald fuhr fort, dies sei das erste Mal, daß man eine Äußerung von der Regierung über das Verhältnis zu Sowjetrußland erhalten habe. Es sei äußerst befriedigend, daß, soweit der Pakt von Locarno in Betracht komme, darin kein Gedanke an eine weitere Isolierung Rußlands enthalten sei, sondern daß gemäß der von Chamberlain gegebenen Erklärung alles getan werden sollte, was vernünftigerweise erwartet werden könne, um die Tür des Völkerbundes für den russischen Staat offen zu halten, sobald es sich entschlösse, einzutreten.

Herriots Genugtuung.

Paris, 19. November. (W.T.B.) In der Rede, die Kammerpräsident Herriot dem erweiterten Vorstand der radikalen Partei hielt, behandelte er auch die allgemeine politische Lage. Er erklärte, das Reparationsproblem sei fast ganz aus der Welt geschafft worden.

Herriot erinnerte alsdann an die Angriffe, denen er im Augenblick der Ruherücknahme ausgesetzt gewesen sei. Was würde man sagen, wenn ich es wäre, der Köln räumte? Welche Freude für mich, wenn ich es wäre, feststellen zu können, daß man jetzt Deutschlands Eintritt in den Völkerbund annimmt! Welche Freude, feststellen zu können, daß man meine ehemals geführte Sprache billigt, als ich erklärte, nachdem man aus den Feldern gekämpft hat, muß man in der Heimat den Frieden schließen!

Die Konsum-Generalfversammlung.

Flaske der Kommunisten.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hielt, wie bereits kurz mitgeteilt, am Dienstagabend ihre diesjährige Generalversammlung in Habertands Festhallen ab. Die Wahlen hatten bekanntlich die Majorität 418 Delegierten, die der kommunistischen Opposition 124 Sitze belegte. So war ein gedeihliches Arbeiten der Versammlung und eine sachliche Erledigung der zur Debatte stehenden Fragen von vornherein gesichert. Nachdem Genosse P. Lange zum Vorsitzenden der Generalversammlung gewählt worden war, schlug Genosse Gütler den Delegierten im Namen des Aufsichtsrats gewisse Änderungen des Statuts vor, über die nach kurzer Diskussion (es sprachen Heinrich und König von der Opposition, die, wie üblich, gegen die Vergewaltigung der Kommunisten protestierten) getrennt und geheim abgestimmt wurde. Es handelt sich um Abänderung mehrerer Paragraphen des Statuts. Aufsichtsratsmitglieder sollen von jetzt an Stimmrecht in den Versammlungen erhalten, die Grundzahl für die Delegiertenwahlen auf drei erhöht werden (von 200 also auf 250 pro Delegierter), sowie die Delegiertenwahl nicht mehr auf ein, sondern auf drei Jahre Dauer durchgeführt werden. Die Vorschläge des Aufsichtsrats wurden gegen geringe Minoritäten angenommen. Die Versammlung bestätigte den Ausschluß von Schöber und Kronthaler mit 300 gegen 146 Stimmen. Dann gab das Mitglied des Verwaltungsvorstandes der Genossenschaft, Hille, den Bericht über das abgelaufene Tätigkeitsjahr. Fünf neue Abgabestellen der Genossenschaft wurden im Berichtsjahr eingerichtet, 60 512 Zentner Kartoffeln, 10 bis 15 Proz. unter den Preisen des Berliner Kleinhandels, zur Verteilung gebracht. Der Umsatz von Butter ist von 672 709 Pfund auf 1 554 033 Pfund gestiegen, der Schmalz- und Margarineverbrauch dagegen zurückgegangen. 92 379 Schok Eier wurden von der Genossenschaft umgesetzt. An Brennmaterialien wurden abgegeben:

131 185 Zentner Briketts
217 Zentner Braunkohlen
1 115 Zentner Steinkohlen
2 159 Zentner Rots
1 216 Raummeter Holz

im Gesamtbetrage von 204 555,85 M. Die Fleischabgabestellen brachten einen Umsatz von 730 375 M. Die Genossenschaft hat im Berichtsjahr einen Mehlerverbrauch von über 11½ Millionen Kilo gehabt. Der Umsatz in der Kaffeebörse betrug 1 229 170 M. Der Fuhrpark ist stark vervollständigt worden. Die Genossenschaft verfügt im Augenblick über 39 Lastautomobile zum Lebensmittell- und Warentransport. Es sind Autos von einer bis 5 Tonnen Aufnahmefähigkeit.

Genosse Karl Michaelis erstattete den Bericht des Aufsichtsrats. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und die Bilanz genehmigt.

Die Neuwahl des Aufsichtsrats ergab, wie bereits gemeldet, 6 Sitze für die Liste „Aufbau“ und einen Sitz für die kommunistische Opposition. Dies trotz der kräftigsten Bemühungen des Herrn Heinrich, die Versammlung mit seinen wichtigstuerischen Dementationen in Atem zu halten. Von der Liste „Aufbau“ wurden gewählt: Gütler, Vektor, Bodahl, Hausfrau; Wisch, Eisenbahnbeamter; Buchholz, Angestellter; Börstel, Gewerkschaftsangehöriger; Barlow, Arbeiter.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß vorgestern, folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die in Berlin vorhandenen Arbeitsnachweise in einem solchen Zustand zu versehen, daß sich die Arbeitslosen ohne Gefahr für ihre Gesundheit dort aufhalten können. Dringend notwendig ist, daß in den Arbeitsnachweisen gute Lüftung, Heizung und Reinlichkeit geschaffen werden. Ferner ist zu empfehlen, daß man in den größeren Arbeitsnachweisen Estrichschichten einrichtet.“

Voraussetzliche wird die Stadtverordnetenversammlung, wenn sie an die Arbeit herangeht, eine ganze Reihe von Anträgen aller Fraktionen vorfinden. Auch die sozialdemokratische Fraktion bereitet noch die verschiedensten Anträge vor, die für die schweren Schäden der wirtschaftlichen Entwicklung Abhilfe schaffen sollen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetensfraktion hat zu Schriftführern die Genossen Theodor Fischer und Richard Krille gewählt. Alle Zustellungen gehen an den Genosse Krille, den Leiter des kommunalen Sekretariats, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Schweizer Anleihe für die Elektrizitätswerke.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die bekannte Schweizer Anleihe der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. (Bemag) über dreißig Millionen Schweizer Frank ist nunmehr perfekt geworden, nachdem den Bedingungen der deutschen Behörden auch in Ansehung von Pfandbesicherungen nachgegeben ist. Die Bedingungen der Anleihe sind, wie schon früher bekanntgegeben: siebenprozentige Verzinsung, Emission 95 Proz., Laufzeit 15 Jahre, kündbar seitens des Schuldners nach 5 Jahren. Die Emission wird Ende dieser Woche an den Schweizer und holländischen Bankplätzen erfolgen.

Erleichterung des Kirchenaustritts.

Der Austritt aus der Kirche verlangt oft stundenlanges Warten auf dem Amtsgericht, und da die Geschäftsjahre der Gerichts-schreiberinnen für diese Angelegenheit meist in der Zeit von 10 bis 11 Uhr angelegt ist, geht manchmal mehr als ein halber Tag verloren, was für Angestellte und Arbeiter von empfindlichem finanziellen Schaden und Unannehmlichkeiten dem Arbeitgeber gegenüber begleitet ist. Die Freireligiöse Gemeinde Groß-Berlin hat nun eine Einrichtung getroffen, die diesem Uebelstand abhilft und für alle zugänglich macht, die ihren Austritt aus der Religionsgemeinschaft vollziehen wollen. Jeden Dienstagabend von 6 bis 10 Uhr kann der Austritt aus der Kirche beim Rotor, Berlin C, Spandauer Brücke 10 II (direkt am Bahnhof Börse), vollzogen werden. Die Kosten betragen zwei Mark pro Person. Ein amtliches Begittimationspapier ist mitzubringen. Ein Vorstandsmittglied der Freireligiösen Gemeinde ist an den betreffenden Abenden anwesend.

Ein Verkehrs Jubiläum.

Am 19. November sind es 20 Jahre her, seit der fahrplanmäßige Autobusverkehr in Berlin mit zwei Daimler-Omnibussen eröffnet wurde, auf der Linie 4, die damals vom Halleschen Tor zur Eisenstraße, Ecke Chausseestraße, führte. Die Einweihung stand unter einem günstigen Vorzeichen: gleich am ersten Wagen wurde beim Verlassen des Betriebshofes eine große Scheibe eingeschlagen, so daß es gegenbringende Scherben gab. Die beiden Autobusse wurden zwischen die vorhandenen Pferdeomnibusse der Linie 4 eingeschoben. Sie erfreuten sich von Anfang an großer Beliebtheit bei den Berlinern, die in den ersten Tagen in Scharen zu den Endhaltestellen pilgerten, um die damals noch ganz neuen Verkehrsmittel zu bewundern und, soweit noch Platz zu finden war, zu benutzen. Der Verkehr hat sich dann bis zum Jahre 1913 schnell entwickelt. Der Krieg brachte fast keine völlige Zerstörung, da nach und nach alle kriegsbrauchbaren Omnibusse von der Heeresleitung eingezogen wurden und da für die übrigen kein Betriebsstoff zur Verfügung gestellt werden konnte. Schließlich blieben nur zwei Wagen, wieder auf der Linie 4, deren Betrieb zu reinen Verlusten und gewissermaßen zu Traditionszwecken von der Militärbehörde geduldet wurde. Der Krieg hat die Abzug viel schwerer getroffen als die beiden

anderen großen Berliner Verkehrsunternehmungen, deren Fahrzeuge durch ihre Gebundenheit an den Schienenweg vor Zugriffen der Militärverwaltung geschützt waren. So gestaltete sich denn auch der Wiederaufbau des Omnibusbetriebes nach dem Kriege äußerst schwierig, zumal da die Inflationszeit mit ihren ständig unzulänglichen Tarifen statt eines Erstarkens nur neue große Verluste brachte. Erst zum Ende der Inflationszeit an ist eine frische Entwicklung möglich gewesen. Der Verkehr wird im laufenden Jahre mit rund 75 Millionen beförderten Personen die Leistung des Jahres 1913 um rund 12 Millionen beförderte Personen übersteigt. So wirtschaftliche Aufschwung hat auch die Möglichkeit zu kräftiger Förderung der technischen Entwicklung geschaffen. Die neuesten Wagen entsprechen dem modernsten Stande der Technik und übertragen durchaus einen Vergleich mit den neuesten englischen und amerikanischen Wagentypen. Es sind Niederfahrgeleise, bei denen der Wagenfußboden etwa 30 Zentimeter tiefer liegt als bei den früheren Wagen. Die Karosserien sind sämtlich als Doppeldecker gebaut. Auf den Linien, wo die Eisenbahnbrücken und sonstigen Durchfahrten es erlauben, werden in großem Umfange überdachte Doppeldeckerwagen und noch weiter eingestellt werden.

Gräßliche Bilanz.

Ein Epilog zum Potsdamer Böhmer-Prozess.

Ueber dem Problem der vielgenannten „Kaugrößen“ ist der Vorhang gefallen. Die Unterhaltung der Potsdamer Tanzstundenzettel beginnt sich anderen Dingen zuzuwenden. Dieser Bogaillenprozeß einer wurmfürchtigen Dame offenbart das verlogene und verächtlichste an bürgerlicher Kitschromantik, was je erlebt wurde, und das ist immerhin als ein Augen zu blicken. Jene Frau, die der verkommenen Justiz den tollsten Schwindel präsentierte, war durchaus nicht so psychologisch verzwirrt, wie es eine gewisse Presse ihrem Publikum weismachen wollte, sondern eine nicht unintelligente Person mit viel Schmierensose und einer Portion Gemeinheit — wollte sie doch den verweigerten Stangen für drei gräßliche Schnäpse und 80 M. zu einem Reineid mit bekanntem Justizhausresultat taufen. Der Mann dieser lebenslänglichen Angeklagten, der Graf v. Böhmer, folterte ein wenig mit seiner „Ritterlichkeit“, und sprach das fatale Wort von der „Dame unseres Standes, an die man einen ganz anderen Maßstab anlegen müsse“. Aus diesen Maßstäben der Potsdamer Standesbürger soll der Teufel schau werden. Uns deutet nur, wenn Frau Reper oder der Herr Schulze, beide aus der Linienstraße, ein wenig räubern, so redet irgendein Pflichtverteidiger seine umgänglichen 10 Minuten und nach 1 Stunde Paragraphenarbeit hat die Frau Reper ihren mehr oder wenig erheblichen Ansat geschickt bestätigt. Hier ging das anders. Ganz Potsdam siebete 14 Tage in gräßlicher Prozeßerregung, der Zuschauerraum des Gerichts wurde von den aufgelierten Damen förmlich gefüllt. Schupakletten mußten aufgegeben werden, um die todsüchtige Adlige Volksseele davon abzuhalten, die Intimitäten der lebensungrigen Gräfin aus berufenem Beobachtungstermunde zu erfahren. Prozeßpublikum, die Angeklagte und ihre Schmutzpresse, — sie waren alle einander wert. Als diese Komödiantin am Sonnabend das Schlußwort erhielt, spielte sie ihren stärksten Trumpf: „Ich bin unschuldig. Und wenn ich vor tausend Richtern stände... Das Kind, das ich unter dem Herzen trage, soll unbesetzt... Es geht um die Ehre meiner Kinder...“ Nun ist sie aber schuldig. Der Wert dieses Pathos und seiner Tränen ist daran zu ersehen. In anderer Formulierung: Ich bin schuldig, aber... wäre das sehr stark und menschlich schon gewesen. Nach Ablehnung des Haftentlassungsantrages sagte sie: „Nun morgen Tag erlebe ich nicht mehr.“ Sie hat ihn erlebt.

Bilanz? Ein Diebstahlsprozeßchen nach Schema F, nur daß die Delinquentin ein gezeichnetes Monogramm ihr eigen nannte. War das eine Affäre von Belang? Es war eine sehr gründliche Aufregung, dies Potsdamer Spektakelstück. Aber der Rummel war doch sehr bescheiden. Und das ist auch ein Resultat.

Die Berliner Zionische Vereinigung veranstaltete am Dienstagabend im Herrenhaus eine Kundgebung, in der der Vorsitzende des ZVJ, Ruri Blumenfeld, einen programmatischen Vortrag über den Zionismus hielt. Der Redner ging auf die schweren Damaskusanfälle, das Mosulproblem und vor allem auf die politische Situation in Palästina ein, die durch die Ernennung des Feldmarschalls Plumer an Stelle Sir Samuels eine gewisse Veränderung erfahren hat. Natürlich steht Blumenfeld Geschäfte von seinem spezifisch zionistischen Standpunkt aus. Dessen muß man sich vornehmlich bewußt sein.

Opfer der französischen Fremdenlegion.

Französische Werber auf deutschem Boden?

Zwei jetzt bekannt werdende Fälle von Anwerbung junger Deutscher für die französische Fremdenlegion sind geeignet, die Aufmerksamkeit der Behörden zu schärfen, um einmal festzustellen, ob in der Tat französische Werber oder deren Agenten auf deutschem Boden ihr Unwesen treiben. Von den beiden nachstehend verzeichneten Fällen fand der erste einen tragischen Ausgang.

Ein aus Berlin stammender, etwa 16 Jahre alter junger Mann hatte sich vor einiger Zeit von der französischen Fremdenlegion anwerben lassen. Als seine Eltern jetzt den Antrag auf seine Entlassung stellten, erlitten sie die Mitteilung, daß er bereits in den Kämpfen gegen die Marokkaner gefallen sei. — Vor einigen Wochen verschwand plötzlich der 20 Jahre alte Arbeiter Wilhelm der in Schöningen, Braunschweig wohnenden Ww. Schulte. Der junge Mann, welcher arbeitslos war, wollte perücken in Braunschweig Beschäftigung zu erhalten und war nach dort gefahren. Seit dieser Zeit war Sch. verschwunden und wurde von der Mutter, die nichts anderes glaubte, als daß ihr Sohn einem Unstich oder Verbrechen zum Opfer gefallen sei, als tot beweiht. Nunmehr erhielt Frau Schulte von ihrem Sohn eine Karte aus Algier; er teilt darauf mit, daß er seinerzeit in Braunschweig von zwei Franzosen in die Fremdenlegion verschleppt worden und jetzt in Algier angelangt sei.

„Hände hoch!“

Köln, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem Straßenbahnhof Köln-Süd drangen heute nacht kurz vor 3 Uhr, als der letzte Schaffner nach seiner Abrechnung eben den Hof verlassen hatte, vier maskierte Männer ein. Acht Revolvermündungen richteten sich gegen die mit der Kasienabrechnung beschäftigten Beamten, die wohl über dem Befehl „Hände hoch“ Folge leisten mußten. Die Räuber räumten das bereits gebündelte und in Rollen verpackte Geld zusammen — es fielen ihnen etwa 5 600 M. in die Hände — und verschwanden, als sie durch das Eintreffen des Personalwagens gestört wurden. Sie entkamen unerkannt. Die Kölner Kriminalpolizei hat die Untersuchung bereits aufgenommen.

Großfeuer in New-Orleans.

New Orleans, 19. November. (W.T.B.) Gestern früh brach auf dem Kai an Mississippiufer ein Feuer aus, das sich auf 7 Häuser ausdehnte. Die in der Nähe der Docks liegenden Schiffe wurden in Sicherheit gebracht.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

14. Abt. Ratw. Die vom Bildungsausschuß und den Jungsozialisten angetragenen Beschlüsse über Rußland beginnen heute, Donnerstagabend 8 Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 15. Abt. Eisenberg. Heute Donnerstag, 7½ Uhr, bei Marx, Neue Bahnhofstraße, Kant. Landr. 16. Jungsozialisten. Gruppe Landw. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 17. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 18. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 19. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 20. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 21. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 22. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 23. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 24. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 25. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 26. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 27. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 28. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 29. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II. 30. Gruppe der Arbeitervereine über Sozial-Rußland. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Lehmann, Raiser-Wilhelm-Str. 29 II.

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt bei der Straßenbahn.

Einmütige Kundgebung gegen die Verschleppungspolitik.

Eine überfüllte Versammlung der Straßenbahner nahm am Dienstag im Gewerkschaftshaus Stellung zu dem Verschleppungsmandat der Direktion.

Hiller vom Deutschen Verkehrsbund ging zunächst noch einmal auf das absehbare Verhalten der Direktion ein, während der Verhandlungsdauer eine Zulage zu gewähren. Auch als der Tarif am 31. Oktober abließ, hatte es die Direktion mit Verhandlungen nicht eilig. Als es dann endlich zu Verhandlungen kam, verstand sie es weiterhin, die Verhandlungen immer wieder zu vertagen. Sie wollte erst die Schiedsprüche bei der Hochbahn und Uboag abwarten, um dann vielleicht dadurch, daß sie ihren Angestellten einen Pfennig mehr gab, zu zeigen, wie „sozialdenkend“ sie sei. Die Delegierten hatten dieses Verhalten aber seit und riefen den Schlichtungsausschuß an, der seine Entscheidung am Freitag fällen wird.

Warum konnte sich die Direktion der Straßenbahn solch ein Spiel mit ihren Angestellten erlauben? Weil sie wußte, daß die Organisation der Straßenbahner noch Lücken aufweist. Ebenso bedauernd ist es aber auch für die Straßenbahndirektion, ihre Angestellten so hundsmiserabel zu entlohnen. Sie hat im letzten Jahre über 80 Millionen Mark zum Ausbau ihres Betriebes verwendet und ihren Wagenpark geradezu erstaunlich vermehrt und verbessert. Sie ist von allen Berliner Verkehrsunternehmen der rentabelste, was schon dadurch bewiesen wird, daß sie im letzten Monat 72 Millionen Menschen befördert hat. Wenn man bedenkt, daß diese 25 Proz. über dem Vorkriegsstand liegende Zahl trotz zahlenmäßig verminderten Wagenmaterials und weniger Angestellten als in Vorkriegszeiten erreicht wurde, ist der erzielte Profit handgreiflich. Die Urabstimmung, die nach dem Verhandlungsergebnis von dem Schlichtungsausschuß vorgenommen werden soll, wird ja zeigen, wie es mit der Langmut der Straßenbahner bestellt ist.

Nach den Ausführungen Hillers ergriff Drimann als Bevollmächtigter des Verkehrsbundes das Wort und erwähnte in dringenden Worten, zum geschlossenen Zusammenschluß in der Organisation. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es insbesondere:

Es ist den Versammelten unverständlich, wie die Direktion, die von jedem Arbeitnehmer die allergrößte Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit fordert, die Lohnforderungen des Personals, die eine dringliche Notwendigkeit sind, in einer für sie geradezu beschämenden Weise behandeln kann. Diese Langmut ist sonst bei den kleinsten Versehen der Bediensteten nicht üblich.

Die Versammelten haben dieses Spiel mit ihren wesentlichen Lebensinteressen gründlich satt. Sie erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie die sofortige und schnellste Regelung ihrer Lohnverhältnisse einmütig fordern und alle ergriffenen und noch zu ergreifenden zweckmäßigen Maßnahmen der Organisation vorbehaltlos billigen.

Die Versammelten geloben, alle noch fern stehenden Straßenbahner, der für sie zuständigen freigewerkschaftlichen Organisation, dem DVB. und dem Deutschen Metallarbeiterverband zuzuführen,

um den dauernd schändlichen Verhalten der Direktion in geschlossener Front ebenso rücksichtslos begegnen zu können.

Der für den morgigen Freitag nachmittag anberaumten Sitzung des Schlichtungsausschusses zwecks Beilegung des Lohnkonfliktes bei der Straßenbahn werden am Vormittag auf Anregung der Direktion noch einmal direkte Verhandlungen vorzugehen.

Ein gewerkschaftliches Schutz- und Trutzbündnis.

Die Organisationsvorstände des Einheitsverbandes der Eisenbahner, des Deutschen Verkehrsbundes, des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und der Reichsgewerkschaft der Kommunalbeamten, Orts- und Bezirksleitungen, haben in einer gemeinsamen Konferenz am 11. November in Frankfurt a. M. beschlossen, für ihre Organisationsbereiche ein Schutz- und Trutzbündnis zu bilden. Der engere Zusammenschluß dieser vier Verbände ist infolge der Konzentration der Arbeitgeberverbände zur Notwendigkeit geworden. Er stützt sich auf Beschlüsse, die von den Verbandstagen der vier Verbände einmütig gefaßt wurden. Der Pflicht- und Aufgabenkreis der zu solidarischem Handeln sich zusammenschließenden Verbände wird in einem Kartellvertrag festgelegt. Die Richtlinien hierfür sollen in einer engeren Kommission, in der die vier Verbände ihre Vertretung haben, in diesen Tagen endgültig bearbeitet und bestimmt werden. Nach Erledigung dieser technischen Beratungen werden gemeinsame Vertrauensmännerparlamenten der vier Organisationen Belegungen zur Information und Aussprache erhalten.

Die Arbeitgeberverbände dieser vier Gruppen mögen daraus entnehmen, daß die beteiligten Arbeitergruppen, der Schwere der Wirtschaftskämpfe sich anpassen, diejenigen Maßnahmen treffen, die im Interesse der in den vier beteiligten Organisationen vereinigten Mitglieder getroffen werden müßten.

An den Arbeitern und Arbeiterinnen der nunmehr sich enger zusammenschließenden Berufe wird es liegen, den Organisationen durch Führung aller bisher nichtorganisierten Berufsangehörigen stärkste Einspruchnahme auf alle Angelegenheiten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu verschaffen.

Kommunistische Gewerkschaftswelt.

Bei den Lebensmittel- und Getränkearbeitern.

In der Generalversammlung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter am Sonntag im Gewerkschaftshaus gab Hodapp den Geschäftsbericht vom dritten Vierteljahr.

In diesem Vierteljahr wurden insgesamt vier Lohnbewegungen geführt, und zwar in den Brauereien, den Mühlen, in der Spirit- und der Likörindustrie. Während es in der Spirit- und der Likörindustrie zu Arbeitseinstellungen kam, wurden die Bewegungen in den beiden anderen Industrien durch Schlichtungsverfahren beigelegt. Einen Erfolg brachten alle Bewegungen. Eine Lehre müßten die Mitglieder aber endlich annehmen; sie dürfen nicht Forderungen stellen von 33% bis nahezu 50 Proz. Lohnhöhung, an deren Durchsetzung sie selbst nicht glauben. Damit solle nicht etwa gelagt sein, daß alle diese Forderungen unbegründet seien; sie seien aber nicht durchführbar. Trotz der zahlreichen Lohnbewegungen sei die Zahlstelle Berlin dem Beschluß des Verbandstages auf Erhöhung der Beiträge bisher noch nicht nachgekommen. Um die Organisation aber als Kampforganisation noch weiter auszubauen, müßten die Beiträge ab 1. Dezember erhöht werden.

Hodapp erläuterte sodann den gedruckt vorliegenden Kassenbericht für das dritte Vierteljahr. Neuaufnahmen sind insgesamt 806 zu verzeichnen. Die Einnahmen der Lokalkasse u. rsteigern die Ausgaben um 4737,27 M. Das Vermögen der Lokalkasse betrug am Schlusse des dritten Vierteljahrs 18.004,98 M. gegenüber 13.267,71 M. am Schlusse des vorigen Vierteljahrs.

In der ausgedehnten Diskussion wurde leider sehr wenig zum Bericht Hodapps gesprochen. Hauptthema der vornehmlich kommunistischen Diskussionsredner waren die Beitragsserhöhung und die angeblichen Ministergehälter der Verbände angestellten. Dieselben Leute, die uferlose Lohnforderungen aufstellen, treten den Verbandsangestellten mit Argumenten gegenüber, die sie sich von den Scharmachern im Unternehmerlager geliehen haben. Wie Angestellte, die von Nahrungsfragen getrieben sind, den Unternehmern gegenüber mit Entschiedenheit die Forderungen der Arbeiter zu vertreten in der Lage sind, bleibt das Geheimnis dieser sonderbaren Strategen.

Nach dem Schlusswort Hodapps wurde ein Antrag angenommen, daß die wiedereingeführten Zuschläge der Lokalkasse zur Erwerbslosenunterstützung schon ab 13. November und mit einem höheren Satz als dem vorgeschlagenen in Kraft treten. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde jedoch die Generalversammlung vertagt, so daß die Punkte „Bericht vom Gewerkschaftskongress und vom Verbandstag“ unerledigt blieben. Die Hauptsache für die „Opposition“, die Vereinfachung der Bonzen, hatte die sachliche Arbeit verhindert.

Der Achtstundentag marschiert!

(W.) Zwei Fragen, die für die Lage der Arbeiterschaft im internationalen Maßstab von höchster Bedeutung sind, wurden bei der jüngsten Tagung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale diskutiert: die Fortschritte der Bewegung für die internationale Sicherung des Achtstundentages und die Wanderungsprobleme.

Die Vertreter der verschiedenen Länder erstatteten Bericht über den Stand der Arbeitszeitgesetzgebung in ihren Ländern. Es wurde festgestellt, daß, wenn auch der Achtstundentag in vielen Ländern besteht, diese wichtigste Errungenschaft der Arbeiterklasse doch so lange nicht gesichert ist, als nicht eine internationale Garantie die Arbeiter aller Länder davor schützt, daß der Achtstundentag in irgendeinem Lande durchbrochen werden kann. Daher ist die Ratifikation der Konvention von Washington auch dort notwendig, wo der Achtstundentag durch Landesgesetz oder gewerkschaftliche Vereinbarungen besteht und wo sie daher, neben der möglichst günstigen Landesgesetzgebung den Charakter einer internationalen Garantie des Minimums annimmt.

Mit großer Freude wurde die Mitteilung der belgischen Vertreter begrüßt, daß die belgische Regierung, an der die belgische Arbeiterpartei beteiligt ist, sofort beim Zusammentritt der Kammer einen Entwurf zur bedingungslosen Ratifizierung der Konvention von Washington vorlegen wird. Es wurde beschlossen, durch verstärkte Aktion der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in den einzelnen Ländern den in Belgien erzielten Erfolg zum Ausgangspunkt weiterer Fortschritte zu machen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Witus Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Auswärtiges: R. D. Köhler; Soziales und Sonstiges: Fritz Rühl; Kunst: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Bornheim-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornheim-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Vertretungsmittglieder!
Am Freitag, den 20. November 1925:
Sitzung der mittleren Disziplinierung
Die Ortsverwaltung.

Auf Teilzahlung!
Herrn- u. Burschen- Garderobe!
Kleine Anzahlung! Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 32, I
am Hochbahnhof Nordring.

Ueber Nacht Läuseplage
und unangenehmen Geruch meines schnell bereit nach Gebrauch meines schnell und sicher wirkenden Rasier-Ritzers „Ja-So“ Läuseplage
gegen Kopf-, Körper- und Bettläuse
Nur alle 60 Minuten
Berlin N 31, Schönhauser Allee 32, I. 4. Etage
Arthur Mothes.

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Woblfahrtstr. 12, Hofpart.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungs-erleichterung
Telephon: Alexander 4112

Kaufen Sie!
Teppiche, Tisch- u. Diwanddecken
Gardinen
nur bei uns im Spezialgeschäft
Sie werden kulant, aufs beste u. außerordentlich billig bedient.
Enorme Auswahl
erstkl. Fabrikate
Ohne Aufschlag
Ist wir die Ware sofort bei Anzahlung auf bequeme Ratenzahlung.
Sächsisch. Gardinen- u. Einrichtungsgeschäft
nur Neukölln
Hermannstr. 32

Die schwierige Wirtschaftslage



macht es jedem einzelnen schwer, das Notwendige an **guten Möbeln** anzuschaffen oder zu ergänzen und **erfordert** ein Entgegenkommen für den Käufer. Handle es sich um Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Schränke, Bettstellen, Küchen, Polstermöbel und Einzeilmöbel jeder Art usw. usw. — Ich habe **Verständnis** für die herrschende Geldnot, biete meiner Kundschaft als alte reelle Firma nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen **und Kredit**, um den Kauf zu erleichtern.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Geschäftszeit 8—7 Uhr.

Möbellfabrik Rob. Seelisch

0112, Rigaer Straße 71-73a

Bruno H. Bürgel

AM 14. NOVEMBER 50 JAHRE ALT

Welt und Welt erfüllt
Der Ruf der Ehrenwelt auf das Kulturbild der Menschheit.
Mit vielen Ausstellungen. In Linsen Nr. 6, 50

Aus fernem Welten
Die weltweite Himmelshalle. Mit jährlichen, 2 u. farbigen Ausstellungen.
71. Kaufm. In Halle Nr. 8.

Vom A. beiter zum A. nomen
Die Lebensgeschichte eines Arbeiters. Mit einem Bildnis Bruno H. Bürgels.
63. Kaufm. Kartiert Nr. 1.

Menschen und miteinander
Die Höhe auf der Höhe der 2. Band. 20. Kaufm. In Halle Nr. 1.

In Garten Solos
Wanderwege und Wanderleben eines Naturforschers. 16. Kaufm. In Halle Nr. 1, 50

Die seltsamen Geschichten des Doktor Mieschke
Naturwissenschaftliche Märchen. Mit Bildern von Edmund Fick. 33. Kaufm. Gebunden Nr. 4.

Der Stern von Afrika
Die Höhe auf der Höhe. 19. Kaufm. In Halle Nr. 1.

Gespensker
Die Höhen über das Unbekannte. 15. Kaufm. In Halle Nr. 1, 50

ZU BEZIEHEN DURCH:
die Annahmestellen und die Botenfrauen des „Vorwärts“
sowie durch die Buchhandlung
J. H. W. DIETZ NACHFOLGER,
Lindenstraße 2. Laden.



Gebr. R.-G.
Swinemünder Straße 36

Donnerstag-Freitag-Sonnabend

3 gewaltig billige Lebensmittel-Tage!

— Frisches Fleisch —

Hammelvorderfleisch 68 Pf.	Kalbsvorderfleisch 78 Pf.
Hammelrücken u. -Keule 88 Pf.	Kalbsrücken 85 Pf.
Fr. Suppenfleisch 65 Pf.	Schmorfleisch 95 Pf.
Schweinsköpfe 52 Pf.	Schweinellesen 120 Pf.
Pa. Ochsenfleisch 58 Pf.	Gehacktes 70 Pf.
Pa. Ochsenfleisch 85 Pf.	Schabefleisch 90 Pf.

Eine gr. Ladung Obst- u. Gemüse-Konserven

Karotten 38 Pf.	Apfelsinen 60 Pf.
Junge Erbsen 50 Pf.	Pflaumen mit Stein 72 Pf.
Gemüse-Melange 95 Pf.	Stachelbeeren 90 Pf.
Brech- u. Schnittbohnen 72 Pf.	Birnen groß 98 Pf.
Pfefferlinge 1,50	Mirabellen 1,15
Stangenspargel 2,95	Pre. Beeren 1,15
Stangenspargel sehr stark 3,50	Reineclauden 1,45

1a Tilsiter vollf. 75 u. 98 Pf.	Delikatess-Säuzer Pfund 48 Pf.
Tafelbutter frisch 1,108	Corned Beef im Ausschnitt 70 Pf.
Camembert 8-stellige Schachtel 1,25	Berl. Mettwurst Pfund 1,10
Harzer Käse Pfund 60 Pf.	Holl. Cerv. Wurst Pfund 1,60
Tafel-Margarine Pfund 70 Pf.	Schinkenspeck Pfund 1,90
Schwan I. Blank. Pfund 88 Pf.	Süßs. nob. u. Leberwurst Pfund 75 Pf.
Pa. Rindertalg Pfund 65 Pf.	Landleberwurst Pfund 1,20

Tafelreis Pfund 22 Pf.	1a Fertbücklinge Pfund 42 Pf.
Weizen Grieß Pfund 22 Pf.	Grüne Ringe 7 Pfund 45 Pf.
Pflaumen 28 Pf.	Fettringe 10 St. 55 Pf.
Erbsen gesch. Pfund 24 Pf.	Speck-Flecken Pfund 50 Pf.
Weinbrand 270 Pf.	Muskateller 155 Pf.
Bu. fargebäck 95 Pf.	Wellen-Pflaumen kuchen in 10 Pf. v. 10 Pf.
Kakao 48 Pf.	Sarotti Milch 110 Pf.